HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

böhlau

28 / 2021

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Michael Borchard, Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

28. Jahrgang
2021

Böhlau Verlag Wien Köln

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
28. Jahrgang 2021

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Dr. Michael Borchard, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,
Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters
Redaktion: Dr. Christopher Beckmann, Markus Lingen, Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Tel. 02241 / 246 2240
Fax 02241 / 246 2669
E-Mail: zentrale-wd@kas.de
Internet: www.kas.de

© 2021 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA,
USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn,
Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei,
Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,
Verlag Antike und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen
ISSN: 0943-691X
ISBN: 978-3-412-52476-0

Bezugsbedingungen:
Erscheinungsweise: jährlich. Fragen sind zu richten an den Leserservice
Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim,
Tel.: (0 71 54) 13 27 92 19, E-Mail: r.haeusler@brocom.de. Preise und weitere
Informationen unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Inhalt

AUFSÄTZE

Klaus Schroeder 5
Der (west)deutsche Linksextremismus: antidemokratisch und gewaltaffin

Daniel Westermann 31
Ernst Eichelbaum – Soldat, politischer Beobachter, Bürgermeister, Politiker in Ost und West. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung

Bianca Dommes 59
Zwischen Freiheit der Kunst und Zensur. Die Rolle der Frankfurter CDU in der Kontroverse über das Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder

Peter Rütters 81
Mehr als ein symbolisches Amt: Vizepräsidenten im 19. Bundestag. Zum Scheitern der Kandidaten der AfD

AUS DEM ACDP

Christopher Beckmann 109
„Lasst Euch durch keine Grenzpfähle mehr aufhalten“. Eine Rede beim europäischen Jugendlager auf der Loreley 1951

Rebecca Schröder 125
Auf den Spuren Christlicher Demokratinnen – Archivalische Quellen zur historischen Frauenforschung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik

VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

Josef Schuster 151
Zur bleibenden Bedeutung des jüdischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

30 JAHRE ERSTE FREIE VOLKSKAMMERWAHL
DIE CDU/DA-FRAKTION UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN DEUTSCHEN EINIGUNGSPROZESS

Norbert Lammert 161
Begrüßung

Bettina Tüffers 163
Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR.
Kandidatenauswahl – Struktur – Alltag – Probleme

Horst Möller 199
Die erste freie Volkskammer im Kontext der deutschen Parlamentarismusgeschichte

DOKUMENTATION

Peter Molt 215
Persönliche Erinnerungen an Helmut Kohl und Anmerkungen zu seinem politischen Aufstieg

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen 235

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes 247

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

AUFSÄTZE

Der (west)deutsche Linksextremismus: antidemokratisch und gewaltaffin[1]

Klaus Schroeder

Linke und rechte extremistische Einstellungen und Bewegungen richten sich fundamental gegen das freiheitlich-demokratische Gesellschaftssystem. Beide lehnen westliche Werte und Lebensstile ab, beide haben ein eher taktisches Verhältnis zur Demokratie beziehungsweise zum demokratischen Verfassungsstaat. Beide streben ein politisches System an, das sie zwar auch als Demokratie (wahre Demokratie, Volksdemokratie, Basisdemokratie etc.) bezeichnen, das aber – aus der Perspektive des pluralistischen Verfassungsstaates – auf ein diktatorisches System hinausläuft. Die beiden Extremismen unterscheiden sich in ihren Zielen, lassen aber keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, das demokratische System und die bürgerliche Gesellschaft zerstören und abschaffen zu wollen.

In beiden politischen Lagern gibt es neben extremistischen politischen Einstellungen auch radikale und gemäßigte Strömungen, die das System nur verändern, aber nicht generell zerstören wollen. Sie stehen für Reformen und nicht für Umsturz. Wer auf der linken Seite des politischen Spektrums die Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft beziehungsweise nach eigenem Verständnis den Kapitalismus überwinden will, mag den Wohlstand gefährden und die unternehmerische Freiheit einschränken wollen, ist jedoch kein Verfassungsfeind, mithin kein Extremist.

Linksextrem sind Gruppen und Personen, die nicht nur die Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, überwinden oder abschaffen, sondern auch das politische System insgesamt verändern und die bürgerliche Gesellschaft zerschlagen wollen. Da sie die Verfassung und die ihr zugrundeliegende Werteordnung ablehnen, stufen die Sicherheitsbehörden sie zu Recht als verfassungsfeindlich ein. Nicht nur die Einordnung, auch die Betrachtung des Linksextremismus wird dadurch erschwert, dass oftmals die Trennlinien zwischen extremer und radikaler, aber demokratischer Linker verschwimmen. Linksextremisten stehen insofern gleichsam unter dem Schutzschirm des gesamten linken Milieus.

1 Dieser Beitrag fußt auf langjährigen Forschungsarbeiten des Autors, die Niederschlag in mehreren Büchern und Aufsätzen fanden, jüngst in: Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt a. M. 2015 und dies.: Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt. Freiburg i. Br. 2019.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen gemäßigten und extremen Linken jenseits anarchistischer Gruppen ist das Verhältnis zur Freiheit. Linksextremisten – Kommunisten wie Anarchisten – wollen eine „neue Gesellschaft" mit „neuen Menschen" schaffen. Sie stehen in der Tradition autoritärer bis totalitärer Bewegungen wie beispielsweise des linken Flügels der Jakobiner. Sie propagieren den Egalitarismus, errichten aber, wenn sie an die Macht gelangen, eine Diktatur, in der sie die Menschen politisch und sozial gleichschalten wollen.

Linksextreme beziehen sich auf unterschiedliche Ideen und Ideologien sowie existierende oder untergegangene sozialistische/kommunistische Staaten. Das Spektrum der Gruppen reicht(e) von Anhängern der DDR über Maoisten und (Post-)Autonome, wie zum Beispiel der Interventionistischen Linken, bis hin zu Anarchisten, die jegliche Herrschaftsform ablehnen.[2] Eine Mehrzahl orientiert sich nach wie vor an Marx, Engels und Lenin sowie ihren „Nachfolgern". Ihre marxistische oder marxistisch-leninistische Ideologie lässt sie glauben, im alleinigen Besitz der wissenschaftlichen und politischen Wahrheit zu sein. Bewusst oder unbewusst – ganz im Sinne der DDR-Floskel „Die Lehren von Marx und Lenin sind allmächtig, weil sie wahr sind" – leiten sie hieraus ihren ideologischen Anspruch ab. Indem sie in ihren Gesellschaftsmodellen keine anderen Parteien oder politisch-ideologischen Auffassungen akzeptieren, sind sie freiheitsverachtend und letztlich totalitär.

Selbstdefinierte Aktionsfelder des aktuellen Linksextremismus sind „Antifaschismus und Antirassismus", „Antiimperialismus", „Antiglobalisierung", „Antirepression", „Antikapitalismus" sowie „Antidemokratie" als Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und „Antigentrifizierung". Seit einigen Jahren kämpfen sie auch für das Klima, das ihrer Meinung nach vom Kapitalismus bedroht wird.

Linksextreme wittern überall Verschwörungen, angezettelt vom „Kapital" und seinen politischen und medialen Helfershelfern, und praktizieren eine Strategie, die ihre Feinde und die Handlanger der Herrschenden bloßstellen soll. Sie, aber auch viele verfassungskonforme Linksradikale, glauben, alles sei besser als ein vom Kapitalismus geprägtes System. In ein ähnliches Horn blasen zeitgenössische kommunistische Theoretiker wie Žižek und Badiou, für die selbst der mörderische Stalinismus humaner ist als der Kapitalismus, weil das stalinistische Regime „einen gewissen Raum utopischer Erwartungen" eröffnet habe. Žižek unterstreicht Badious Behauptung „Lieber den schlimmsten stalinistischen Terror als die liberalste kapitalistische Demokratie".[3]

2 Vgl. den Verfassungsschutzbericht 2020. Hg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, S. 125.

3 Vgl. Slavoj Žižek: Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus. Frankfurt a. M. 2015, S. 61.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Die Gewaltdiskussion in der Neuen Linken

Wer in den letzten Jahren auf linksunten.indymedia.org[4] und indymedia.org die Bekennerschreiben und Kommandoerklärungen linksextremer Gruppen gelesen hat, könnte auf den Gedanken kommen, hier artikuliere sich eine neue linke Bewegung mit neuen Inhalten und vielleicht sogar neuen Zielen. Schaut man genauer hin, wird jedoch deutlich, dass es sehr viele Kontinuitäten mit der 68er-Bewegung und ihr nachfolgenden Gruppen gibt.

Eine Neue Linke entwickelt sich ab Mitte der 1950er Jahre in Westeuropa und Nordamerika in Abgrenzung zu den klassischen linken sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien. Sie verknüpft anarchistisch-libertäre Vorstellungen mit Emanzipations- und Revolutionstheorien und orientiert sich an internationalen Befreiungsbewegungen. Rätedemokratische und trotzkistische Konzepte sowie das Gedankengut der Situationistischen Internationale, eine 1957 gegründete linke Gruppe europäischer Künstler und Intellektueller[5], werden ebenfalls adaptiert. Ab Anfang der 1960er Jahre gewinnt die Kritische Theorie an Bedeutung. Vor allem die theoretischen Konzepte von Herbert Marcuse inspirieren die jungen Radikalen.

Ihren organisatorischen Kern hat die Neue Linke im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), den die SPD wegen seines Festhaltens an einer marxistischen Systemkritik 1961 aus der Partei ausschließt.[6] In dieser Organisation, deren Mitgliedschaft sich nach der Trennung von der SPD bei etwa 800 Personen einpendelt, tummeln sich bald Vertreter unterschiedlicher sozialistischer und kommunistischer Weltanschauungen. Bis Mitte der 1960er Jahre versteht sich der SDS als Teil der (traditionellen) Neuen Linken. Im Kontext des jugendkulturellen Aufbruchs radikalisiert er sich von einer sozialistisch-systemkritischen zu einer revolutionären Avantgardeorganisation, die sich den Umsturz der ökonomischen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auf die Fahnen schreibt. In den nachfolgenden Jahren entwickelt er sich zur wichtigsten Gruppierung der westdeutschen Studentenbewegung und von einer Außerparlamentarischen zu einer gleichzeitig Antiparlamentarischen Opposition (APO). Intern setzt sich der antiautoritäre Flügel um die DDR-Flüchtlinge Rudi Dutschke und Bernd Rabehl durch. Dutschke, der von den Medien hofierte Star der neuen linken Bewegung, formuliert eine Strategie, in der legale Aktionen des SDS durch illegale ergänzt werden sollen, um einen langfristigen Prozess der Radikalisierung breiter Massen einzuläuten.

4 Diese linksextreme Internetplattform verbot das Bundesinnenministerium 2017. Inzwischen stehen die Beiträge bis 2017 wieder in einem sogenannten Archiv online.

5 Vgl. Roberto Ohrt (Hg.): Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten (Edition Nautilus). Hamburg 1995.

6 Zur Geschichte des SDS vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Geschichte des SDS 1946–1970. Bielefeld 2018.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Mit der „Methode der offensiven Regelverletzung“ gelingt es ihm zusammen mit der Subversiven Aktion, die bisherige Orientierung des SDS an gesetzlich zulässigen Aktionen zu unterlaufen und erstmalig neue Protestformen zu erproben. „Die Möglichkeit, die sich durch *grössere* Demonstrationen ergibt, ist unter allen Umständen auszunützen. Genehmigte Demonstrationen müssen in die Illegalität überführt werden. Die Konfrontation mit der Staatsgewalt ist zu suchen und unbedingt erforderlich. Die Bedingungen dafür müssen günstig sein (verhasstes Staatsoberhaupt usw.).“[7]

Die Übernahme des Berliner SDS durch die Antiautoritären um Dutschke und Rabehl radikalisiert nicht nur den SDS, sondern auch das ihn umgebende Milieu. Gewaltdiskussionen und Gewaltpraxis stehen auf dem Programm. In Dutschkes strategischen Planungen zeigt sich bereits frühzeitig sein revolutionäres Gesellschaftsmodell: „Jede Mikrozelle in Deutschland hat theoretische Arbeit zu leisten […] Diesem Prozess muss […] parallel laufen die *praktisch-theoretische und koordinierte Zusammenarbeit mit allen revolutionären Gruppen in der Welt.*“[8] Seine aktionsorientierte Strategie zielt auf die Revolutionierung der Gesellschaft. Dutschke unterscheidet zu diesem Zeitpunkt – 1964 – zwischen Gewalt gegen Sachen und gegen Personen und erklärt, solange die radikale Opposition schwach ist, solle sie sich auf Gewalt gegen Sachen beschränken.

Die Diskussion um die Frage der Illegalität und damit auch der Gewaltanwendung dominiert fortan die Debatte. Es geht um den Stellenwert von Gewalt und darum, ob es legitime Formen der Gewaltanwendung gibt beziehungsweise ab wann diese nicht mehr akzeptabel sind. Für die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt plädiert Dutschke bereits mehr als ein Jahr vor den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Er fordert eine „Propaganda der Tat“ und illegale Aktionen, die in den Zentren des Imperialismus die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt unterstützen sollen. In seinen Aufzeichnungen finden sich schon zu diesem Zeitpunkt Überlegungen zum Aufbau eines urbanen, militärischen Apparates der Revolution.[9] Im September 1967 propagiert er, der SDS müsse zu einer politischen Organisation von Guerillakämpfern werden, um ausgehend von der Universität den Kampf gegen die bürgerlichen Institutionen zu führen.

Damit ist frühzeitig das Ziel der bisher linksradikalen und jetzt linksextremen Bewegung benannt: die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer In-

7 Schriftlicher Diskussionsbeitrag von Rudi Dutschke 1964 in München. Vgl. Subversive Aktion: Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Herausgegeben und kommentiert von Frank Böckelmann und Herbert Nagel. Frankfurt a. M. 1976, S. 324 (Hervorhebungen im Original).

8 Ebd., S. 325 f. (Hervorhebungen im Original).

9 Vgl. Siegward Lönnendonker/Bernd Rabehl/Jochen Staadt: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD. Bd. 1: 1960–1967. Wiesbaden 2002, S. 236 f.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

stitutionen, der Kleinfamilie, der Marktwirtschaft, aber auch der Konventionen. Dutschke und andere Führungskader des SDS beschreiben die Bundesrepublik zwar nicht als eine faschistische, aber als eine Faschismus-ähnliche beziehungsweise vorfaschistische Gesellschaft. Dutschke führt aus: „Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz er liegt im bestehenden System der Institutionen.“[10] Max Horkheimers Satz „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ wird zum (verhängnisvollen) geflügelten Wort und führt zur Parole: „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muss weg!“ Dieser linke Gassenhauer erfreut sich bis zum heutigen Tag hoher Beliebtheit bei jungen und alten Linksradikalen und bei Linksextremisten.

Frantz Fanon und sein 1961 erschienenes Buch „Die Verdammten dieser Erde“ hat großen Einfluss auf Dutschke und die Führungskader des SDS. Den meisten anderen Lesern aus dem linken Milieu „genügt“ damals das von Jean Paul Sartre verfasste Vorwort als Lektüre. Sartre spricht sich dort voll und ganz für eine soziale Revolution in den kolonisierten Ländern gegen die Unterdrücker in der ersten Welt aus. Sein Appell für die Befreiung der Dritten Welt ist gleichzeitig ein Aufruf zur Gewalt: „Denn in der ersten Phase des Aufstands muss getötet werden. Einen Europäer erschlagen, heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrig bleibt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch.“[11]

Im Kampf gegen den Kolonialismus[12] begreift Fanon Gewalt als notwendigen und positiven Prozess, in dem das kolonialisierte Subjekt, die Unterdrückten der Kolonialländer, die physische und psychische Verletzungen durch die Kolonialherren erlitten haben, ihrem Status als Unterdrückte entkommen können, indem sie sich mit und durch Gewalt befreien. Gewalt ist für Fanon nicht per se legitime Gewalt, sondern er versteht sie als revolutionäre Gegengewalt der Unterdrückten. Diese revolutionäre Gewalt wertet er als positive, fortschrittliche Gewalt, da sie die Emanzipation des revolutionären Kämpfers vorantreibe.[13] Zudem sei der Unterdrückte – von den Kolonialherren meist als „Tier“ gedemütigt – in dem Kampf der Schwachen gegen die Starken der moralisch Überlegene. In dem Moment, in dem ihm seine Menschlichkeit bewusst werde,

10 Rudi Dutschke: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Uwe Bergmann u. a.: Die Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Hamburg 1968, S. 68.

11 Vgl. Jean Paul Sartre, zit. in: Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt a. M. 1961, S. 18.

12 Linke aller Schattierungen verfolgen erneut seit einigen Jahren eine postkoloniale Strategie, das heißt sie wollen alles (Denkmäler, Straßennamen, Erzählungen usw.) tilgen, was ihrer Meinung nach mit Kolonialismus zusammenhängt.

13 Vgl. Fanon: Die Verdammten dieser Erde sowie ders.: Von der Gewalt, in: Kursbuch 2. Berlin 1965.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

„beginnt er seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen".[14]

Dutschke stützt sich auch auf Che Guevaras Revolutionskonzeption, die „Fokustheorie", der zufolge eine sozialistische Revolution auch ohne eine breite Basis in der Arbeiterklasse, aber mit Unterstützung aus dem gesamten Volk erfolgreich sein könne. Der gezielte Einsatz von Gewalt solle die sozialen und ökonomischen Widersprüche in der Gesellschaft zuspitzen. Die aufständischen Massen, angeführt durch revolutionäre Kämpfer, würden den Fokus bilden, der punktuell-strategisch eine direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner – dem Staat – erlaube. Nicht die objektiven Bedingungen für eine Revolution seien entscheidend, sondern der unbedingte Wille und die Entschlossenheit der Revolutionäre zählten.[15]

Am 2. Juni 1967 wird der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin von Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras erschossen, einem Stasi-Spitzel und SED-Mitglied, wie erst 2009 bekannt wird.[16] Jetzt intensiviert sich in der linken Szene die Diskussion um Gewalt und die Gewaltbereitschaft kleiner Gruppen steigt sprunghaft an.

Die Diskussion über (angeblich) gerechtfertigte Gewalt und direkte Aktionen eskaliert schließlich, so dass der linke Philosoph Jürgen Habermas von „Linksfaschismus" spricht. Er kritisiert eine Strategie der Provokation, die auf eine hierdurch hervorgerufene Gewalt des Systems und eine im Gegenzug legitimierte Gegengewalt setzt. Angesichts des Drucks auf ihn, heute würde man sagen eines Shitstorms, nimmt Habermas diese Wertung zurück.[17]

Max Horkheimer geht einen Schritt weiter und zieht trotz Anfeindungen seine Einschätzung nicht zurück. Angesichts der Radikalisierung der Studentenschaft sagt er 1968: „Die Affinität zur Geisteshaltung der nach Macht strebenden Nazis ist unverkennbar. Sollte es, wie es wahrscheinlich ist, in den westlichen Industrieländern zu einer Rechtsdiktatur kommen, dann wird man nicht wenige der heutigen linken Radikalen in den Reihen der neuen Machthaber finden können."[18]

Den Weg zur Überwindung von gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen begründet Dutschke mit einem Aufruf Maos zur Gewalt: „‚Wir sind für die Abschaffung des Krieges, wir wollen den Krieg nicht, aber man kann den Krieg nur durch den Krieg abschaffen; wer das Gewehr nicht will, der muß

14 Fanon: Von der Gewalt, S. 7.
15 Vgl. Che Guevara: Guerilla. Theorie und Methode. Berlin 1968.
16 Vgl. Klaus Schroeder: Die Spur des Todesschützen. Verändert der „Fall Kurras" die deutsche Zeitgeschichte?, in: Berliner Republik 4 (2009), S. 12–15.
17 Vgl. Oskar Negt (Hg.): Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Frankfurt a. M. 1968.
18 Zit. nach Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001, S. 201.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

zum Gewehr greifen' (Mao 1938)."[19] Diese „Erkenntnis" von Mao ist bis zum heutigen Tag zentrales Leitbild militanter Linker. Gehalten hat sich auch die von Dutschke und seinen Genossen geforderte subjektive Dimension für die selbsternannten Revolutionäre: „Die Revolutionierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen."[20]

In mehreren Statements lehnt Dutschke individuellen Terror ab, ohne sich jedoch prinzipiell von Gewalt zu distanzieren. Seinen legendären Ausspruch mit erhobener Faust bei der Beerdigung des RAF-Terroristen Holger Meins, den er seit Mitte der 1960er Jahre persönlich kannte, „Holger, der Kampf geht weiter!" will er nachträglich als Kritik an den Haftbedingungen verstanden wissen. In seinem Tagebuch reagiert er hingegen sehr emotional. Die Herrschenden und ihre Büttel nennt er „Schweine" und spricht von einem „Halb-Mord" an Meins, aber auch von einer „Zerstörungs- und Selbstzerstörungs-Logik" durch Staat und RAF.[21]

Systemische Gewalt

Am 11. April 1968 verübt der Hilfsarbeiter Josef Bachmann ein Attentat auf Rudi Dutschke, an dessen Spätfolgen dieser 1979 stirbt. Der SDS spricht vom Wandel der Bundesrepublik von einem „postfaschistischen" in ein „präfaschistisches" System und forciert seine schon Jahre zuvor begonnene Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns. Der Mordanschlag sei ebenso wenig die Tat eines Einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide seien Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns zusammen mit der Staatsgewalt. Opposition sei kriminalisiert und für vogelfrei erklärt worden. Die Tat wird Springer und seiner BILD-Zeitung angelastet. Unmittelbar nach dem Attentat kommt es Ostern 1968 in verschiedenen bundesrepublikanischen Städten zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die spätere RAF-Terroristin Gudrun Ensslin behauptet: „Dies ist die Generation von Auschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren", und will Polizeikasernen stürmen, um sich Waffen gegen „die Faschisten" zu besorgen.[22]

19 Vgl. Gaston Salvatore/Rudi Dutschke: Einleitung zu Che Guevara http://www.infopartisan.net/archive/1967/2667133.html (Abruf: 16. September 2020).

20 Vgl. Rudi Dutschke: Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Eine Analyse von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre, Bernd Rabehl. Hamburg 1968, S. 92 f.

21 Rudi Dutschke: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979. Hg. von Gretchen Dutschke. Köln 2003, S. 223, zit. nach: Wolfgang Kraushaar: Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: Ders./Jan-Philip Reemtsma/Karin Wieland (Hg.): Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburg 2005, S. 16.

22 Vgl. High sein, frei sein, in: Der Spiegel vom 23. September 2007.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

In Dutschkes Äußerungen nach seiner Genesung verschwindet die Trennung zwischen „Gewalt gegen Sachen“ versus „Gewalt gegen Personen“.[23] Der zunehmenden strukturellen gesellschaftlichen Gewalt könne nicht mit Gewaltlosigkeit, sondern nur mit zunehmender Gegengewalt begegnet werden. Zwar lehnt er weiterhin in den Metropolen Attentate auf einzelne Personen – Charaktermasken – als konterrevolutionäre Akte, als „Ausdruck der Versteinerung und Entfremdung antikapitalistischen Bewußtseins“ ab, möchte aber den Kampf gegen die strukturelle Gewalt der herrschenden Klasse forcieren: „Revolutionäre Gegengewalt, als revolutionäre Zerschlagung von unmenschlich gewordenen Sachen, Banken, Aktiengesellschaften, Zerstörung von Menschen, bereitstehenden Panzern, Flugzeugen, Manipulationsmaschinen etc. scheinen mir ein adäquates Moment im revolutionären Prozeß darzustellen.“[24] Hier klingt die spätere RAF-Rhetorik bereits an.

Im September 1968 kritisiert Dutschke in einer Voltaire-Flugschrift, dass ein Gewaltherrscher wie der Schah seinen Deutschlandbesuch unbeschadet überstanden habe. Auch wenn es konterrevolutionär sei, einzelne Charaktermasken in den Metropolen zu töten, hätten die revolutionären Kräfte die Chance der Erschießung des Schahs bei seinem Besuch nutzen können. Dass dies nicht geschehen sei, spräche für die Niveaulosigkeit des bisherigen Kampfes. Nicht nur das Volk hätte sich gefreut, sondern der revolutionäre Kampf gegen Armee und Führungscliquen hätte sich verschärft. „Ihn hätten wir erschießen müssen, das wäre unsere menschliche und revolutionäre Pflicht als Vertreter der ‚Neuen Internationalen‘ gewesen.“[25]

Über den Protest gegen den Vietnamkrieg und das oftmals unangemessen harte staatliche Vorgehen gegen Demonstrationsteilnehmer politisieren und radikalisieren sich viele Studenten. Benno Ohnesorgs Tod 1967, der Krieg in Vietnam, der Kampf gegen die Notstandsgesetze sowie 1968 das Attentat auf Rudi Dutschke steigern die Gewaltbereitschaft. Der „Gegenwehr“ in Form von Kritik und Aufklärung sowie durch (begrenzte) Regelverletzung folgt später offene Gewalt.

Die „Schlacht am Tegeler Weg“ in West-Berlin steht für den Beginn offensiv ausgeübter linker Gewalt, die sich bis zum heutigen Tag fortsetzt. Bei der bis dahin schwersten Straßenschlacht in der Stadt werden gezielt Pflastersteine geworfen und 130 Polizisten und 22 Demonstranten verletzt. Zum ersten Mal behalten die Demonstranten die Oberhand und feiern anschließend

23 Stefan Reisner (Hg.): Briefe an Rudi D. Voltaire Flugschriften Nr. 19. Frankfurt a. M. 1968, Vorwort, S. V, zit. nach: Michaela Karl: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution. Frankfurt a. M. 2003, S. 254.

24 Rudi Dutschke: Rede in der Dietrich-Bonhoeffer-Kirche am 4. März 1970, Nachlass, zit. nach: ebd., S. 256.

25 Rudi Dutschke: „Es kracht an allen Ecken und Enden“, in: Der Spiegel vom 9. Dezember 1968, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45876621.html (Abruf: 16. September 2020).

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

auf einem teach-in ihren Sieg. Mit der „Schlacht am Tegeler Weg“ endet die Gratwanderung zwischen der Befürwortung von Gewalt gegenüber Sachen und der Tabuisierung von Gewalt gegenüber Personen. Gleichzeitig markiert dieser Tabubruch eine weitere Grenzüberschreitung: Gewaltanwendung erfolgt nicht mehr nur als Re-Aktion auf staatliche Gewalt, sondern ist eine legitime aktive Handlungsstrategie, moralisch als „Widerstand“ gerechtfertigt und theoretisch als „Propaganda der Tat“ begründet.[26]

1968 ist Höhe- und Endpunkt der ursprünglichen Studentenbewegung, die seit 1967 nicht nur eine außerparlamentarische, sondern auch explizit eine antiparlamentarische Bewegung ist.

Zerfall und Transformation der 68er-Studentenbewegung

Die Bewegung zerfällt Ende der 1960er Jahre, die Wege der revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer teilen sich. Viele werden Mitglieder der SPD und der in Gestalt der DKP wiedergegründeten KPD. Der harte Kern der „Antirevisionisten“ orientiert sich am maoistischen China oder geht in kleineren anarchistischen, trotzkistischen und undogmatischen Gruppen auf. Diese Strömungen haben zwar unterschiedliche Leitbilder und Ziele, sind sich aber einig, dass das System nur mit Gewalt bekämpft und gestürzt werden kann. Aus den Reihen der radikalen und extremen Linken entstehen aber auch Gruppen, die in den Untergrund gehen und terroristische Aktionen begehen. Den ersten Anschlag am 9. November 1969 verübt in West-Berlin eine linksextreme Gruppe, die sich Tupamaros nennt, gegen das jüdische Gemeindehaus. Sie wollen jüdisches Blut sehen, um den terroristischen Kampf der Palästinenser gegen Israel zu unterstützen.[27]

Die Bewegung 2. Juni betritt als erste größere Gruppe die Bühne des Linksterrorismus. Die RAF beginnt kurze Zeit später ihre Aktionen mit Banküberfällen und dem Aufbau eines illegalen Apparates. RAF-Mitglieder lassen sich ebenso wie die Kämpfer des 2. Juni in palästinensischen Terrorlagern paramilitärisch ausbilden. Später erfolgt eine entsprechende Unterweisung auch in der DDR.[28]

Die RAF zieht eine Blutspur durch die Bundesrepublik, obschon ihr Führungskern relativ schnell gefasst werden kann. Vom Gefängnis aus kämpft er mithilfe seiner Verteidiger und Sympathisanten weiter gegen das verhasste „Schweinesystem“. Unterstützt von Palästinensern versucht die „zweite Generation“ der RAF, die alten Führungskader freizupressen. Dieses Vorhaben scheitert trotz

26 Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 14 f.

27 Die Bombe zündete glücklicherweise nicht, so dass dieses in Nachkriegsdeutschland kaum vorstellbare Blutbad ausblieb. Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus. Hamburg 2005.

28 Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 89 f.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

der Entführungen von Arbeitgeberpräsident Schleyer und der Lufthansamaschine „Landshut". Die Bundesregierung unter dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt bleibt hart, lehnt jedes Entgegenkommen ab. Der Führungskern tötet sich, ebenso wie Ulrike Meinhof schon Jahre zuvor, selbst. Aber auch nach dem „deutschen Herbst 1977" gehen die (Mord-)Anschläge der Linksterroristen weiter. Ihnen fallen etwa 40 Menschen zum Opfer. Erst 1998 verkündet die RAF ohne Worte der Reue und des Bedauerns oder der Entschuldigung in einem Schreiben ihre Auflösung.[29]

Ein Teil der linksbewegten Studenten geht nach 1968 nicht in den Untergrund, sondern setzt den „revolutionären" Kampf in Institutionen fort. Ein anderer – militanter – Teil begibt sich in den Straßenkampf. Der Kampf um die Straße und auf der Straße ist spätestens seit der Französischen Revolution Dreh- und Angelpunkt linker Kämpfer. Die Staatsmacht soll herausgefordert und die Massen mobilisiert werden.

In den 1970er Jahren richten sich die Aktionen der linken „Revolutionäre" gegen die USA und ihre Rolle im Vietnamkrieg; es geht ferner um Hausbesetzungen und die Verhinderung von Räumungen sowie um den Kampf gegen Atomkraftwerke. Wiederholt kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Beide Seiten rüsten auf. Linksextremisten bewaffnen sich mit Flaschen, Steinen, Molotowcocktails und Präzisionszwillen, mit denen Stahlkugeln abgeschossen werden.[30]

Vor allem die militante Gruppe „Revolutionärer Kampf" in Frankfurt am Main steht beispielhaft für eine gewalttätige Linke, die den Straßenkampf propagiert und es anfangs an der nötigen Distanzierung zu linksterroristischen Gruppen fehlen lässt. Ihre „Putzgruppe" um den späteren Außenminister Joschka Fischer kann als Vorläufer des militanten „Schwarzen Blocks" betrachtet werden; ihre bevorzugte „Dienstkleidung" ist Vorbild für die Vermummung von Autonomen. Hierdurch und durch das untergehakte Mitlaufen in einem schwarzen Block schaffen sich die militanten Kämpfer eine revolutionäre Identität, die Selbstbewusstsein stiften und ihre Rolle als Vorkämpfer der Militanten begründen soll.[31]

Die Zahl der bei gewalttätigen Ausschreitungen verletzten Polizisten geht in die Tausende, die der (militanten) Demonstranten wahrscheinlich ebenfalls. Eine Protestaktion an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen endet am 2. November 1987 für zwei Beamte sogar tödlich, weitere werden zum Teil

29 Vgl. zur Geschichte der RAF Wolfgang Kraushaar: Die blinden Flecken der RAF. Stuttgart 2017; Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex. Hamburg 2017; Butz Peters: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF. Berlin 2004.

30 Zur so genannten Straßenmilitanz vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 159 ff.

31 Zum Stellenwert der Vermummung für militante Linke vgl. dies.: Gegen Staat und Kapital, S. 391 f.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

schwer verletzt. Ein Linksautonomer schießt mit einer Pistole auf die zur Sicherung des Geländes eingesetzten Polizisten.

Anfang der 1980er Jahre betritt mit den Autonomen eine neue Bewegung die Bühne des revolutionären Kampfes, die bis zum heutigen Tag die breite Mehrheit gewaltorientierter Linksextremisten stellen. Anders als traditionsorientierte Kommunisten propagieren sie eine „Politik in erster Person", das heißt sie wollen Freiräume für sich und ihre „Genoss*innen" schaffen und im Kampf gegen das verhasste System die Umrisse einer neuen Gesellschaft entwickeln.[32]

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen versuchen sie auch unpolitische Jugendliche, insbesondere Immigranten, in die Kämpfe miteinzubeziehen. Mit sogenannten Riots soll das System zumindest punktuell ins Wanken gebracht werden. In ihrer Selbstwahrnehmung ist ihnen dies etwa während der mehrtägigen Krawalle in Hamburg anlässlich der Proteste gegen den G20-Gipfel im Sommer 2017 gelungen.[33]

Linke Gewalt gegen Sachen und Personen ist inzwischen nahezu alltäglich geworden. Neben der Polizei als Ordnungsfaktor des verhassten Systems richtet sie sich gegen Personen, die als „Rechte" eingeordnet werden, vor allem gegen Mitglieder und Sympathisanten der AfD. Politiker anderer Parteien, die die Kreise linksextremer Gruppen stören (könnten) oder Personen, die ein positives Verhältnis zur (demokratischen) Nation haben, werden ebenfalls als Feinde ins Visier genommen. Darüber hinaus richtet sich linke Gewalt gegen Fahrzeuge und Gebäude der Bundeswehr, gegen Immobilienfirmen und modernisierte Gebäude sowie gegen die Globalisierung und ihre Logistik.

Gemäßigte und radikale verfassungskonforme linke Personen und Gruppen tun sich oftmals schwer mit der Distanzierung von linker Gewalt. Als Schuldige für gewalttätige Ausschreitungen betrachten sie zumeist, wie auch beim G20-Gipfel in Hamburg, die Polizei, der sie ein übermäßig hartes Vorgehen gegen linke Demonstranten vorwerfen.[34]

Kritik an ihren für Außenstehende oftmals sinnlos erscheinenden gewalttätigen Aktionen weisen die Militanten und ihre Sympathisanten mit dem altbekannten Argument zurück, das System produziere Gewalt, sie dagegen leisteten nur Widerstand und Gegen-Gewalt. In ihren Kommandoerklärungen und Bekennerschreiben fehlt zumeist nicht der Hinweis auf die Opfer zahlreicher Kriege und auf ertrunkene Flüchtlinge, gegen die ihre kleinen Anschläge „nichts" seien. Flüchtlinge nehmen in der Begründung für linke Gewalt inzwischen die damalige Rolle der von den USA getöteten Vietnamesen ein. Der Kapitalismus

32 Vgl. ebd., S. 183 ff.

33 Vgl. die Studie von Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten. Berlin 2019. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den im April 2019 eingereichten Forschungsbericht bisher nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

34 Vgl. ebd., S. 397 ff.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

und damit der Westen mit der Bundesrepublik gilt als maßgeblicher Schuldiger für alles Elend in der Welt.[35]

Die linken Militanten wähnen sich am Vorabend eines Aufstandes, nicht wenige sind von revolutionärer Ungeduld geprägt. Ein „Unsichtbares Komitee" bringt 2017 die Stimmung im gewaltbereiten linken Lager auf den Punkt: „Alle Gründe, eine Revolution zu machen, sind gegeben. Keiner fehlt. Das Scheitern der Politik, die Arroganz der Mächtigen, die Herrschaft des Falschen, die Vulgarität der Reichen, die Industriekatastrophen, das galoppierende Elend, die nackte Ausbeutung, der ökologische Untergang – von nichts werden wir verschont, nicht einmal davon, informiert zu sein."[36]

Doch trotz einer nicht abreißenden Welle linker Gewalttaten – gegen Sachen und Personen – lässt der „Endkampf" noch auf sich warten. Das Unsichtbare Komitee beklagt das Fehlen einer revolutionären Partei und ernennt jene zu Revolutionären, die gegen die Polizei kämpfen. Das lassen sich linke Gewalttäter nicht zweimal sagen: Sie schlagen zu.

Linke Gewalttaten und ihre Begründungen

Ausmaß und Intensität linker Gewalt haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Sicherheitsbehörden schätzen das linksextreme Personenpotenzial für 2019 auf 33.500 Personen, unter ihnen etwa 9.200 gewaltorientierte, die zumeist in kleinen autonomen und anarchistischen Gruppen agieren.

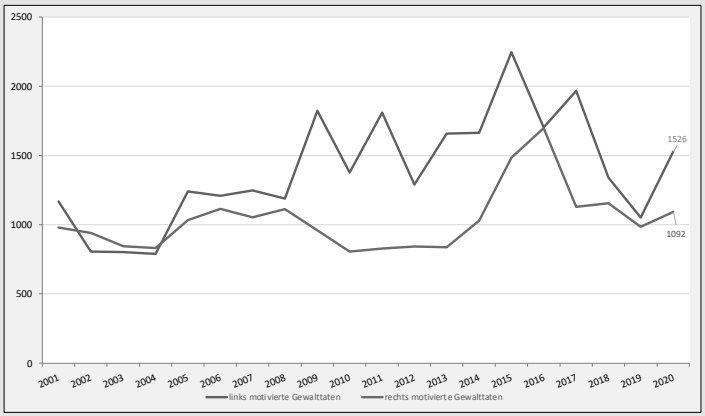
Von 2001 bis 2020 verüben linke Akteure knapp 28.000 Gewalttaten und damit deutlich mehr als rechte Gewalttäter (knapp 21.000). Im Jahr 2020 lagen die linken Gewalttaten erneut deutlich höher als die rechten (1.528 gegenüber 1.092). Bei den Körperverletzungen insgesamt liegen die rechten Gewalttäter im vergangenen Jahrzehnt leicht vorne, bei den gefährlichen Körperverletzungen sowie vor allem bei Brandstiftungen und beim Landfriedensbruch jedoch die linken Gewalttäter. Wegen der speziellen Erfassung von Straf- und Gewalttaten – es wird immer nur eine Straf- beziehungsweise Gewalttat gelistet unabhängig davon, wie viele Taten der jeweilige Täter verübt hat – werden linke Gewalttaten deutlich unterzeichnet.

35 Vgl. die einschlägigen Erklärungen und Bekenntnisse auf indymedia.org und linksunten.indymedia.org.

36 Unsichtbares Komitee: Jetzt. Hamburg 2017, S. 7.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Schaubild 1: Politisch motivierte Gewalttaten links + rechts



Quelle: Verfassungsschutzberichte und BKA.

Eine Durchsicht von knapp 120 Strafverfahren im Zusammenhang mit dem G 20-Gipfel in Hamburg 2017 bestätigt diese Annahme. In die Statistik politisch links motivierter Gewalt gingen entsprechend knapp 120 Gewaltdelikte ein. Nach den Anklageerhebungen der Staatsanwaltschaft verübte dieser Personenkreis jedoch knapp 250 Straf- beziehungsweise Gewaltdelikte. Zumeist handelt es sich um einfache und gefährliche Körperverletzung, tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie schweren und einfachen Landfriedensbruch. Den meisten angeklagten Straftätern werden zwei bis vier Delikte zur Last gelegt.[37]

Nachfolgend werden einige ausgewählte typische linke Gewalttaten dokumentiert. Die Gewaltdelikte und ihre Begründungen waren und sind zumeist auf einschlägigen Internetseiten festgehalten, insbesondere auf linksunten.indymedia.org, auf indymedia.org und auf Widerständische Momente (chronik.blackblogs.org). Es werden nur Gewaltübergriffe auf Personen aufgelistet, Sachbeschädigungen gegen Banken, Immobilienfirmen, Bundeswehr etc. bleiben außen vor.[38]

Polizisten werden inzwischen nicht nur durch Stein- und Flaschenwürfe, Molotowcocktails und (Polen)Böller während und nach Demonstrationen attackiert, sondern auch in ihrem privaten Umfeld „besucht“. Im Frühsommer 2018 marschieren 60 teils vermummte Linke vor dem Haus eines Polizisten auf, schreien lautstark Parolen, entrollen Transparente und stimmen Hassgesänge an: „Wir haben einen Spaten für den Garten.“ Offenbar wollen sie damit

37 Vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder: Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten, S. 432 ff.
38 Vgl. ebd., S. 222 ff.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

seine im Haus anwesende Frau mit den zwei Kindern einschüchtern. In ihrer auf indymedia.org veröffentlichten Kommandoerklärung schreiben die linken Gewalttäter: „Seid kreativ! Bullen haben Namen und Adressen! Macht diese öffentlich. Macht Konzerte, Flohmärkte, seid kreativ vorm Haus eines Bullen! Die Bullen können nicht jedes Haus schützen und das sollten Wir ausnutzen!“[39]

Ende Dezember 2017 veröffentlichen Berliner Linksextremisten im Internet „Fahndungsfotos“ von 54 Polizisten mit der Begründung, der Sicherheitsapparat der BRD sei postfaschistisch und müsste bekämpft werden. Sie reagieren damit auf die Fahndungsaufrufe der Hamburger Polizei gegen die Randalierer während des G 20-Gipfels in Hamburg. Im Bekennerschreiben heißt es: „Der Sicherheitsapparat der BRD, der aus den gleichen Schlächtern geformt wurde, die für das deutsche Volk in ganz Europa die Partisan_innen und Antifaschist_innen erbarmungslos gejagt hat, ist faschistisch. Schon wenige Jahre nach der ‚Befreiung‘ konnten sich die Gesellschaften ihre Exekutive wieder in der Jagd auf Kommunist_innen vereinigen und den Apparat gegen die Guerillagruppen, die dem deutschen Vorzeigefaschisten Hans-Martin Schleyer glücklicherweise seine Kugel verpassten, zu nie gewesener Perfektion bringen. […] Fest entschlossen und wütend kämpfen wir gegen die herrschende Ordnung und trotzen der Repression.“[40]

Ein Jahr zuvor werfen Linksextremisten einen brennenden Autoreifen auf ein Schulgelände und beschädigen die gerade eingeweihte Gedenktafel für einen 2006 von einem Drogendealer ermordeten Polizisten sowie Straßenschilder, die an die verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig erinnern. In der Begründung bezeichnen sie den Polizisten als einen Schurken und Feind der Freiheit, dessen Gedenkstätte sie zu Recht „befreien“. „Ehre, wem Ehre gebührt! Wir verhöhnen tote Polizisten und Richter. Freiheit für alle Gefangenen!“[41]

Im Juli 2017 kommt es bei Protesten gegen den G 20-Gipfel in Hamburg zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Demonstranten und Polizisten. Die Polizei verliert zeitweise den Überblick und kann das gewalttätige Geschehen nicht unter Kontrolle halten. Militante Akteure und Betrunkene sowie „erlebnisorientierte“ Jugendliche werfen mit allem, was sie in die Hände bekommen. Einige klettern auf Hausdächer und schleudern Gegenstände herunter. Die Randalierer beginnen Geschäfte zu plündern und schießen mit Zwillen Stahlgeschosse auf die Einsatzkräfte. Erst als das angeforderte SEK einsatzbereit ist, kann die Polizei die Straßen räumen. Von den etwa 30.000 (sic!) eingesetzten Polizisten werden nach offiziellen Angaben zwischen dem 7. und 9. Juli 2017 etwa 400 verletzt. Wie viele verletzte Demonstranten es gibt, ist nicht bekannt – vermutlich ebenfalls mehrere Hundert. Das

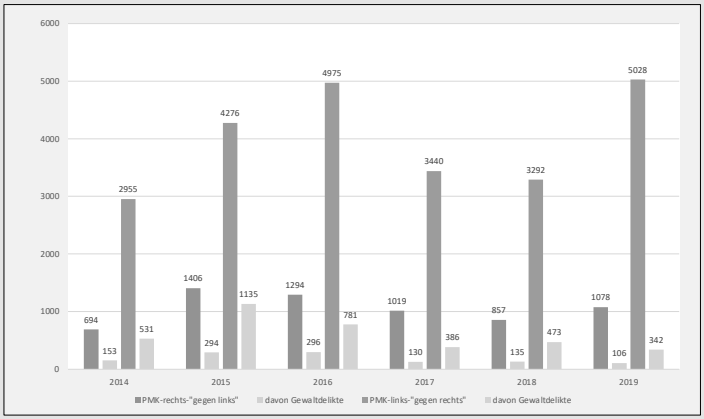
39 Vgl. Indymedia.org vom 20. Mai 2018.
40 Vgl. Indymedia.org vom 17. Dezember 2017.
41 Vgl. Chronik widerständische Momente festgehalten vom 9. November 2016.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Hamburger Landeskriminalamt (LKA) registriert für die Zeit vom 3. bis zum 19. Juli 2017 knapp 1.000 Gewaltdelikte durch linke Demonstranten, darunter knapp 150 Fälle von gefährlicher Körperverletzung und etwa 600 von schwerem Landfriedensbruch.[42]

Linke Organisationen und Personen beginnen schon während der Protesttage damit, die Polizei zu beschuldigen, die Gewaltausschreitungen provoziert zu haben. Die Linksextremisten begreifen sich als heldenhafte Kämpfer, die Staat und Kapital ihre gewalttätige Potenz demonstriert haben. Besonders makaber ist das von einer linken Gruppe herausgegebene Stickerheft „Riotini", in das Freunde der Randale analog zu den Panini-Alben für Fußballfans gewalttätige Aktionen einkleben können. Die anonyme Herausgebergruppe des Heftes wirbt mit den Worten: „Zelebrieren wir die Auflehnung, die Verwüstung der Stadt der Reichen, des Käfigs, in dem wir leben müssen."[43]

Schaubild 2: Straf- und Gewalttaten im Bereich der politischen Konfrontation



Quelle: BMI.

Linke Gewalttäter beschimpfen Polizisten – ganz in der Tradition der RAF – als „Pigs" und „Bullenschweine". In manchen Bekennerschreiben bezeichnen linke Gewalttäter sie darüber hinaus als „übelriechende Schweine" und „Abschaum".[44]

42 Vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder: Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten, S. 432 ff.

43 Vgl. https://riotini.blackblogs.org/author/riotini/ (Abruf: 17. September 2020).

44 Auf einer ähnlichen Ebene liegt ein Kommentar einer taz-Kolumnist*in, die Polizisten pauschalisierend als Müll bezeichnet. Dort heißt es: „Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten." Vgl. https://taz.de/Abschaffung-der-

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Mitunter drohen Linksextremisten, ihre Gewalt zu intensivieren, wenn sich die Polizei in bestimmten Konfliktsituationen nicht zurückziehe. Bisher habe kein „Bulle“ oder „Nazi“ bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sterben müssen; ab einer bestimmten Eskalationsstufe seien Tote jedoch nicht mehr ausgeschlossen.[45]

Eine der Gründungsmütter der RAF, Ulrike Meinhof, erklärte schon 1970 nach der Befreiung von Andreas Baader: „Wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“[46] In dieser Tradition sehen sich offenbar heutzutage nicht wenige gewaltbereite Linke.

Im Visier linker Gewalttäter stehen neben Polizisten insbesondere Personen, die sie als „rechts“ charakterisieren. Gewaltsame Aktionen gegen Sachen und Personen im Umfeld der als „rechts“ definierten Szene finden inzwischen nahezu täglich statt. Im Fokus steht dabei seit mehreren Jahren die AfD. Auch Identitäre, Reichsbürger, Burschenschaftler und andere sind gleichsam zum „Abschuss“ freigegeben. Für die linken Gewalttäter sind es antirassistische und antifaschistische Aktionen.

Im „Kampf gegen Rechts“ ist nach Auffassung von Linken aller Schattierungen nahezu alles erlaubt, auch die Suspendierung von Grundrechten. Da sie die Einordnung als „Rechtsextremist“ oder auch schon als „rechts“ sehr weit fassen, gelten inzwischen gleichsam alle als „Rechte“, die nicht explizit „Linke“ sind. Diese Personen werden geoutet und in ihrem privaten und beruflichen Umfeld denunziert.[47] Dabei belassen es einige linke Militante jedoch nicht, sondern attackieren unliebsame Personen mit körperlicher Gewalt.

In Stuttgart überfällt eine Gruppe vermummter Linksextremisten Ende Mai 2020 mehrere Personen, die in einer AfD-nahen Gewerkschaft organisiert sind. Einen der Überfallenen schlagen sie sogar noch, als er auf dem Boden liegt. Die Person erleidet lebensgefährliche Verletzungen und hätte von den linken Gewalttätern bei dem Überfall getötet werden können. Der Vorfall wird zwar in der regionalen, aber kaum in der überregionalen Presse ausführlich erwähnt.

Polizei/!5689584/ (Abruf: 17. September 2020). Bedenklich stimmt weniger der Kommentar selbst in einer linken Gesinnungszeitung als vielmehr die Unterstützung, die die Kolumnist*in für die menschenverachtende Aussage erfährt. Ihre Verteidiger*innen argumentieren mit Meinungsfreiheit. Ob das generell gilt oder nur, wenn es sich gegen bestimmte Personengruppen richtet, kann bezweifelt werden, sei hier aber dahingestellt. Inzwischen wirbt sogar das Berliner Kaufhaus KaDeWe für bestimmte nicht gerade preiswerte Modeartikel mit dieser Person!

45 Vgl. linksunten.indymedia vom 10. Juli 2016.

46 „Natürlich kann geschossen werden“, in: Der Spiegel vom 14. Juni 1970.

47 Linksradikale und Linksextremisten nennen dieses Vorgehen „Nazi-Outing“. Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital, S. 466 ff.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

Die linke Schlägerbande rechtfertigt die Gewalttat mit dem Hinweis auf eine angebliche faschistische Gesinnung der Personen. Eine gezielte Tötungsabsicht bestreiten sie, kommentieren aber zynisch und menschenverachtend: „Unserer Einschätzung nach kann es momentan nicht das Ziel antifaschistischer Angriffe sein, Nazis in Straßenauseinandersetzungen systematisch schwere bis tödliche Verletzungen zuzufügen. Aber wir sind nicht naiv: Jede körperliche Auseinandersetzung birgt die Gefahr einer ungewollten Eskalation. Schon ein Faustschlag kann unter Umständen tödliche Folgen haben und trotz guter Vorbereitungen kann das Eskalationslevel vom Gegner in eine Höhe geschraubt werden, der man sich in der konkreten Situation nicht mehr entziehen kann. Dieses Risiko gehen wir ein, weil es keine Alternative wäre, der Straßenpräsenz der Faschisten, die zwangsläufig zu enthemmter Gewalt und Mord führt, keine Grenzen zu setzen. Es bleibt die Feststellung, dass ein verantwortungsbewusster und kollektiver Umgang mit dieser Ebene antifaschistischer Arbeit notwendig ist und dass wir die Bereitschaft brauchen, einen konstruktiven und selbstkritischen Umgang mit den Risiken zu entwickeln – sie auszublenden wäre fahrlässig, sie zu verabsolutieren wäre lähmend. […] Warum wir es darüber hinaus aktuell für die antifaschistische Bewegung für gefährlich und nicht durchführbar halten, den Konfrontationskurs mit den Faschisten gezielt auf die Ebene von schweren/tödlichen Verletzungen zu heben: Wir gehen davon aus, dass wir als Bewegung momentan nicht stark genug wären, dieses Level in größeren Teilen und auf lange Sicht zu halten.“[48] Nahezu unverhüllt drohen sie also, dass sie Morde an politischen Gegnern nicht prinzipiell ausschließen, sondern in taktische Überlegungen einordnen.[49]

Knapp zwei Monate später führt die Polizei wegen dieser Gewalttat Razzien in linken Zentren und bei linken Militanten durch und nimmt einen der mutmaßlichen Täter in Untersuchungshaft. Die linksextreme Szene reagiert auf das polizeiliche Vorgehen „empört“. In einer Erklärung von selbsternannten „AntifaschistInnen“ heißt es: „Aber die heutigen Angriffe auf linke AktivistInnen sind Teil eines großen Ganzen. Sie sind das Ergebnis der wochenlangen, bewussten Stimmungsmache gegen Links durch die bürgerliche Politik, die etablierten Medien und dem Repressionsapparat in Stuttgart. Das geschieht nicht ohne Grund. In Zeiten einer immer präsenter werdenden Wirtschaftskrise ist es für staatliche Akteure wichtig, fortschrittliche Antworten und Perspektiven möglichst großflächig zu deligitimieren.“[50] Mit den mutmaßlichen Gewalttätern solidarisieren sich auf einer Demonstration auch Vertreter der (gemein-

48 Vgl. indymedia.org vom 27. Mai 2020.
49 Vgl. auch ähnliche Überlegungen auf https://linksunten.indymedia.org/de/print/184560 (Abruf: 16. September 2020).
50 Vgl. indymedia.org vom 2. Juli 2020.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

nützigen – sic!) Roten Hilfe[51] und der – ebenfalls verfassungsfeindlichen – Interventionistischen Linken, mit der Teile der Bündnisgrünen und der Jusos oftmals gemeinsame Aktionen durchführen.

Der Übergriff in Stuttgart steht am bisherigen Ende einer Reihe von Gewalttaten gegen Personen aus dem AfD-Umfeld. Im Mai 2018 schlagen sechs vermummte Linksextremisten einen dreißigjährigen Rostocker im Stadtteil Lütten Klein zusammen und verletzen ihn mit einem Schlagstock schwer. Sie schlagen auf das Opfer sogar noch ein, als es auf dem Boden liegt, und treten mehrfach gegen seinen Kopf. Im März 2018 greifen linke Gegendemonstranten eine Anti-Merkel-Demonstration an und verletzen einen Demonstrationsteilnehmer schwer. Sie prügeln die Person nieder und treten auf den Kopf des am Boden liegenden Mannes.[52]

Im Februar 2018 werden sechs Besucher einer als rechts eingestuften Kundgebung in Dresden nach Demonstrationsende von 15 Vermummten auf dem Weg zu ihren Autos angegriffen: Zwei schwerverletzte Personen müssen im Krankenhaus behandelt werden. Im Dezember 2017 verletzen Demonstranten einen Bundestagsabgeordneten der AfD auf dem Weg zum Bundesparteitag, der einen Bruch des Handgelenks erleidet, und im August 2017 schlagen zwei Linksextremisten ein AfD-Mitglied in Bochum in der Nähe des Bahnhofs nieder und verletzen es schwer. Der Student erleidet Knochenbrüche im Gesicht und eine Verletzung des Auges mit Erblindungsgefahr.[53]

Mitte September 2021 erscheint auf indymedia.org ein Mordaufruf gegen 53 Politiker der AfD. Laut BKA wird von den namentlich genannten Politikern auch die Privatadresse mitgeteilt. In dem Aufruf im Internet heißt es: „Töten wir die Schweine der AfD mittels Sprengstoff." Darüber hinaus betonen die Linksextremisten, auf Bodyguards der Politiker müsse keine Rücksicht genommen werden.[54] Die meisten Medien berichten hierüber nicht. Auf Spiegel online heißt es: „Im Internet ist im September mehrfach zur Gewalt gegen die AfD aufgerufen worden." Die Morddrohungen erwähnt der Spiegel nicht.[55] Es stellt sich die Frage, ob die Medien ebenso mit Schweigen reagiert hätten, wenn 53 Politiker/innen der Linkspartei mit Mord bedroht worden wären.

Gewaltübergriffe gegen Personen aus dem AfD-Umfeld sind nicht die Ausnahme, sondern inzwischen fast die Regel. Vorfälle, bei denen Mitglieder oder Sympathisanten der AfD unvermittelt oder gezielt gegen linke Aktivisten vorgehen, sind dagegen nicht bekannt. Es kommt allenfalls zu Auseinander-

51 Wie viele Mitglieder der Roten Hilfe, die die Sicherheitsbehörden als linksextremistisch einstuft, in den Parlamenten, auch im Bundestag, sitzen, ist nicht bekannt und wird von den diversen investigativen Journalistengruppen nicht aufgedeckt. Warum?

52 Vgl. FAZ-online vom 20. März 2018.

53 Vgl. WAZ-online vom 16. August 2017 und WDR-online vom 15. August 2017.

54 Vgl. FOCUS Online vom 1. Oktober 2021.

55 Ebd.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

setzungen, wenn linke „Gegendemonstranten“ Wahlkampfstände oder Versammlungen angreifen und zurückgedrängt werden. Die von der Polizei dokumentierte Konfrontationsgewalt zwischen linken und rechten Extremisten geht zumeist von linken Gewalttätern aus. Laut Verfassungsschutzbericht 2020 stehen 77 Gewalttaten, darunter 60 Körperverletzungen, von Rechtsextremisten gegen linke oder vermeintlich linke Personen 340 Gewalttaten, darunter 192 Körperverletzungen, von Linksextremisten gegen rechte oder vermeintlich rechte Personen, gegenüber.[56]

Linksextremisten attackieren zwar auch Politikerinnen und Politiker anderer Parteien, aber greifen sie zumeist nicht körperlich an, sondern bedrohen sie nur oder „bestrafen“ sie mit Sachbeschädigungen. Im November 2017 drohen zum Beispiel militante Baumschützer im Zusammenhang mit Baumfällungen an der Bonner Straße in Köln der Oberbürgermeisterin (parteilos) und der Verkehrsdezernentin (parteilos) mit dem Tod, falls sie die Fällungen nicht stoppen.[57]

Im August 2017 werfen Linksextremisten die Scheiben eines SPD-Büros in Berlin-Tempelhof ein. Dieser Angriff sei richtig und notwendig, heißt es in einer Kommandoerklärung, da die SPD ebenso wie CDU und CSU eine mörderische Kapitalpartei sei. „Jedes zerstörte Parteibüro der SPD ist ein Angriff gegen ihre ausbeuterische, verbrecherische Politik. Kampf dem Kapitalismus und Krieg bedeutet: Kampf den Jusos und der SPD!“[58] Das hindert vielerorts Jusos aber nicht, mit gewaltbereiten Linken zusammen zu demonstrieren.

Zugenommen haben Brandanschläge auf Bahnstrecken, deren Auswirkungen kaum zu kalkulieren sind. Ende März 2018 setzen Linksextremisten mehrere Kabelstränge unter einer Brücke in Berlin-Charlottenburg in Brand. Als Folge sind 6.500 Haushalte und 400 Gewerbekunden stundenlang ohne Strom. Im Bekennerschreiben loben die linken Terroristen sich für die Unterbrechung des reibungslosen Funktionierens der Metropole. „Wir unterbrechen mit unserem Sabotageakt den ganz normalen Gang vielfältiger Arbeitsläufe in der Hauptstadt – das war gesetztes Ziel.“ Die technische Entwicklung laufe auf ein faschistisches System hinaus, allein deshalb sei ein revolutionärer Bruch notwendig. „Wir erkennen eine wachsende Bereitschaft, sich fortschrittsgläubig lenken und bestimmen zu lassen, wir erleben die willigen Helfer, wir spüren die grausame und soziale Kälte, wir ahnen den Vernichtungswillen.“[59]

Anfang Oktober 2020 legen Linksextremisten erneut einen Brand an dem Kabelschacht einer Bahntrasse in Berlin. Sie begreifen ihre Aktion als Warnsignal für die geplante Räumung der Liebigstraße 34. Eine „Feministisch-Revolutionär-Anarchistische-Zelle“ erklärt in einer Kommandoerklärung: „Wir

56 Verfassungsschutzbericht des Bundes 2020, S. 28, 30 sowie 36 f.
57 Vgl. Rundschau-online vom 10. November 2017.
58 Vgl. linksunten.indymedia vom 18. August 2017.
59 Vgl. indymedia vom 6. April 2018.

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760

sabotieren die immer katastrophaler werdende Normalität. Sie wollen die Stadt am liebsten hochgefahren, wir fahren sie kurzfristig runter.“[60] Tatsächlich fällt auf der Strecke mehr als eine Woche die S-Bahn aus und zwingt die potenziellen Fahrgäste zum Umstieg in andere Verkehrsmittel, wo sie dicht gedrängt in Corona-Zeiten stärker gesundheitsgefährdet sind.

Beliebt bei linken Gewalttätern sind Anschläge gegen Immobilienfirmen und Personen, die dort arbeiten. Nahezu täglich setzen sie Autos von Immobilienkonzernen in Brand, ohne dass dies noch zu Empörung im öffentlichen Raum führt. Im Mai 2018 fackeln Linksextremisten ein Fahrzeug des Immobilienkonzerns Vonovia ab. Im Bekennerschreiben bezeichnen die Brandstifter den Konzern als mitverantwortlich für die Aufwertung von Wohngegenden, Mieterhöhungen und Mietervertreibungen. Nicht ohne Größenwahn endet die Erklärung mit den Worten: „Unser Weg führt zum Aufstand. Nicht zur Machtübernahme, sondern zur Zerstörung der Macht. Die Zerstörung einer Vonoviakarre kann nur eine Vorschau sein, ein kleiner Schritt in diese Richtung. Die Angriffe auf die Profiteure der Umstrukturierung müssen mehr werden.“[61]

Doch es bleibt nicht beim Abfackeln von Autos und Stein- und Flaschenwürfen auf Gebäude. Im Sommer 2015 werfen Linksextremisten Pflastersteine auf zwei Mietshäuser in Berlin. Ein Familienvater, der in einem dieser Häuser wohnt, gibt an, er lebe in ständiger Angst. „Erstmal war ich geschockt. Dann habe ich gesehen, wie vermummte Leute, die schwarz angezogen waren, Steine warfen. Unsere Kinder waren in Panik. Wenn sie die Steine klatschen hören, ist das wie ein Einschlag.“[62]

Bei einem anderen Neubau schießen Linksextremisten Stahlkugeln mit Zwillen in die Fensterscheiben des Kinderzimmers. Die Geschosse schlagen gegen die Fensterscheibe, während sich die dreizehnjährige Tochter im Zimmer befindet. Da Licht brennt, ist das Zimmer unschwer als Kinderzimmer zu erkennen. Der Vater erklärt im RBB: „Meine Tochter hat bis vor zwei Jahren noch nie in Deutschland gelebt. Und wir haben sie darauf vorbereitet, dass wir zurück nach Deutschland gehen. Und mussten ihr auch sagen – weil: sie sieht asiatisch aus –, dass es in Deutschland Leute gibt, die Menschen anderer Hautfarbe und Menschen, die anders aussehen, nicht mögen. Wir haben ihr von Nazis erzählt, von Skinheads. Meine Tochter fragte nach diesem Angriff: ‚Waren das jetzt die Nazis?‘“[63] Nein, kann man ihr sagen, es waren nicht die Nazis, es waren linke Akteure, die von sich behaupten, eine neue, bessere Welt anzustreben.

60 Vgl. indymedia vom 5. Oktober 2020, auf: https://de.indymedia.org/node/107536 (Abruf: 6. Oktober 2020).
61 Vgl. indymedia vom 2. Mai 2018.
62 Zit. nach http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2014/09/linke-gewalttaten-in-berlin.htm/listal (Abruf: 16. Juli 2015).
63 Zit. nach http://www.online.de/klartext/archiv/20150429_221/fremdenhass-von-links.htm vom 29. April 2015 (Abruf: 20. Juli 2015).

© 2021 Böhlau
ISBN Print: 9783412524753 — ISBN E-Book: 9783412524760